

Evangelium weitergeben, Orientierung in Lebensfragen

„Hierzulande haben wir den Glauben privatisiert und sind deshalb als Christen in der Öffentlichkeit und im Alltag nicht sichtbar“, so die Analyse von Roland Werner. Darum sei die Evangelisation in einer Krise: „Bevor wir wieder stärker evangelistisch aktiv werden, müssen wir mit unserem Glauben aus der Privatsphäre heraustreten. Denn der Glaube ist zwar persönlich, aber nicht privat!“ Wenn man dann über den Glauben ins Gespräch komme, sei es wichtig, Evangelisation nicht isoliert zu sehen: „Soziale Verantwortung und Evangelisation gehören zusammen. Wenn wir sie gegeneinander ausspielen, lähmen und schwächen wir uns selbst.“ Die Delegierten waren sich einig in dem Anliegen, die Evangelisation auf VEF-Ebene weiter zu stärken. „Dafür wollen wir zunächst vorhandene Netzwerke nutzen, denn nicht jeder muss das Rad neu erfinden“, so VEF-Präsident Christoph Stiba. Deshalb werde man künftig enger mit der von Roland Werner geleiteten „Koalition für Evangelisation“ zusammenarbeiten.

Lebensschutz

„Das Leben und die einzigartige Würde des Menschen als unantastbare Gabe Gottes sind von Anfang an und bis zu dessen Ende zu schützen und zu respektieren.“ Mit diesem Motto gibt die Stiftung ProVita Orientierungshilfe in medizinethischen Fragen, die den Anfang und das Ende des Lebens betreffen – von vorgeburtlicher Diagnostik über Schwangerschaftskonfliktberatung bis hin zu Sterbebegleitung und Palliativmedizin. Dr. Detlev Katzwinkel und Dr. Heike Fischer vom ProVita-Vorstand stellten der Mitgliederversammlung die Arbeit der „Stiftung für Lebensethik“ vor. „Es ist uns wichtig, keine einfachen Antworten zu geben, sondern differenziert hinzuschauen“, betonte Heike Fischer. Denn, so Katzwinkel, man wolle mit

Menschen ins Gespräch über Lebensthemen kommen: „Wir suchen den Diskurs und begegnen anderen Meinungen nicht mit Verurteilung.“

Ablehnung christlicher Asylbewerber

Asylanträge christlicher Konvertiten werden oftmals dann abgelehnt, wenn es den Bewerbern in den Verfahren nicht gelingt, über die persönliche Dimension ihres Glaubens Auskunft zu geben. Diese Beobachtung und seine Vorschläge, wie damit umzugehen ist, erläuterte der VEF-Kirchenasylbeauftragte, Rechtsanwalt Andreas Hantschel aus Frankfurt. Hantschel führte in der Mitgliederversammlung aus, dass Bewerber, die aufgrund ihrer Konversion zum christlichen Glauben Asyl in Deutschland beantragen, laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nachweisen müssen, dass sich bei ihnen eine feste religiöse Überzeugung gebildet hat und eine Prägung der religiösen Identität erfolgt ist. Um dies darzulegen, sei es unerlässlich, vom inneren Glaubensprozess zu berichten und die Entscheider so ins eigene Herz blicken zu lassen. „Wo Glaubensgeschwister dies tun und die Tiefe ihres persönlichen Glaubens nachvollziehbar beschreiben, stehen die Chancen für ihr Asylverfahren gut.“

500 Jahre Täuferbewegung

Mit fünf Themenjahren ab 2020 und einem großen Abschluss zu Himmelfahrt 2025 will eine überkonfessionelle Initiative an 500 Jahre Täuferbewegung erinnern. Reinhard Assmann vom Trägerverein nahm die VEF-Mitgliederversammlung mit hinein in die Geschichte und stellte den aktuellen Stand der Planungen vor. Der 21. Januar 1525 gilt als Beginn der Täuferbewegung. Nach einer „heftigen öffentlichen Diskussion über die Kindertaufe fand an diesem Tag die erste sogenannte Gläubigentaufe statt“, so Assmann. „Die Täufer verstanden sich stets als Teil der Reformation, wollten weiterführen, was sie in den frühen Jahren Luthers und Zwinglis verstanden hatten.“ Die Mennoniten verstünden sich als direkte Nachfahren der Täufer, doch „auch einige andere heutige Freikirchen sehen

sich theologisch in der Tradition der Täuferbewegung.“

Theologischer Grund- und Aufbaukurs

Dr. Oliver Pilnei vom BEFG und Jürgen Stolze von der Evangelisch-methodistischen Kirche stellten den Delegierten den Theologischen Grund- und Aufbaukurs der VEF vor. Seit über 40 Jahren bietet der Kurs eine theologische Fortbildung. Allein in den letzten zehn Jahren gab es über 400 Absolventinnen und Absolventen. VEF-Präsident Christoph Stiba würdigte den Kurs als „fundierte theologische Grundlegung für Laienprediger und alle an Theologie Interessierten.“ Er ermutigte dazu, das Angebot in den Freikirchen bekannt zu machen.

Weitere Informationen unter: www.vef.de

Südamerika: Adventisten starten integrierte Gesundheits-Webseite

Laut einer Umfrage einer Forschungseinrichtung im Pharmabereich führten über 40 Prozent der Brasilianer im Krankheitsfall eine Selbstdiagnose durch, die lediglich auf dem basiere, was sie in Online-Suchmaschinen fänden, so ANN. Das führe am Ende zu riskantem Verhalten. Der Internetauftritt „Quiero Vida y Salud“ konzentriere sich deshalb auf Gesundheitsförderung, nicht aber auf Erklärungen zur Behandlung von Krankheiten.

So würden Daten von adventistischen Institutionen wie Krankenhäusern und Ambulanzen in ganz Südamerika präsentiert. Man könne sich über gesunde Produkte informieren, die von

adventistischen Lebensmittelherstellern in mehreren südamerikanischen Ländern entwickelt und verkauft werden. Tipps und praktische Hinweise zu gesundheitsbewusster Ernährung, Bewegung, Naturheilmitteln sowie ein Rezeptindex runden das Angebot ab.

Weitere Informationen unter: www.quierovidaysalud.com

Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela

Laut Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, sei die prekäre Menschenrechtslage in Kuba und Venezuela zwar bekannt, die Einschränkung der Religionsfreiheit auf diesem doch sehr katholisch geprägten Kontinent werde jedoch weniger vermutet. In beiden Ländern herrschten autoritäre Regime, die sich durch Freiheitsrechte und deshalb auch durch die Religionsfreiheit bedroht fühlten. „Denn je autoritärer eine Regierung ist, desto größer ist ihr Kontrollanspruch“, so Schick. Unter den Einschränkungen der Freiheitsrechte litten vor allem jene, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren wollten. Dazu zählen auch die Christen, die sich im Sinne der katholischen Soziallehre für gerechte und demokratische Strukturen und für das Gemeinwohl einsetzten.

Im Fadenkreuz des Partei- und Staatsapparats

In dem Einparteienstaat Kuba sei die Überwachung des privaten und öffentlichen Lebens besonders ausgeprägt. Alle privaten oder gesellschaftlichen Initiativen, die im Verdacht stünden, das Gestaltungsmonopol der Staatspartei infrage stellen zu

können, würden rabiāt eingeschränkt oder ganz verhindert. Religiöse Akteure, deren pastorales oder caritatives Engagement politische Züge annehme – was sich im Einsatz für arme, diskriminierte und marginalisierte Menschen kaum vermeiden lasse – gerieten schnell ins Fadenkreuz des Partei- und Staatsapparats. Administrative Schikanen und systematische Benachteiligung bis hin zu Gefängnisstrafen wären an der Tagesordnung. Eine Verfolgung von Christen allein aufgrund ihrer religiösen Grundüberzeugungen gebe es in Kuba nicht, betonte Erzbischof Ludwig Schick. Doch wenn Gläubige von ihrem christlichen Menschenbild ausgehend öffentlich Meinungsfreiheit einforderten, drohten ihnen sofort Sanktionen.

Viele Menschen suchen im Müll nach Essen

Auch in Venezuela wäre die Lage dramatisch, informierte Schick. Dort werde die römisch-katholische Kirche als „einzige verbliebene Opposition im Land“ bezeichnet. Sie mache die Regierung von Präsident Maduro mit deutlichen Worten für die vielen Krisen im Land verantwortlich. Diese politische Einmischung und Anwaltschaft für die in Not geratenen und in Not gebrachten Menschen bringe die aktiven Christen und Bischöfe in Gefahr. Der Vorsitzende der Venezolanischen Bischofskonferenz, Erzbischof José Luis Azuaje Ayala (Maracaibo), schilderte die dramatische humanitäre Situation in seinem Heimatland: „Es gibt inzwischen viele Menschen, die im Müll nach Essen suchen. Das widerspricht der Menschenwürde.“ Medikamente und Grundnahrungsmittel seien im ehemals reichsten Land Lateinamerikas knapp geworden, täglich emigrierten tausende Venezolaner ins Ausland. Wer die politischen Ursachen dieser Misere benenne, werde bedroht. So würden unter Präsident Maduro auch die Polemik und die Aggression gegenüber der römisch-katholischen Kirche massiv zunehmen. Erzbischof Azuaje Ayala beklagte die Untergrabung der Demokratie in Venezuela und mahnte den Einsatz für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte an. Für seine Kirche in Venezuela erklärte er: „Sie steht an der Seite der

Notleidenden, auch wenn dies viele Unannehmlichkeiten und Bedrängungen mit sich bringt.“

Arbeitshilfe

Die Arbeitshilfe „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit – Kuba und Venezuela“ gibt einen Überblick über die Situation des Christentums in Kuba und Venezuela, erläutert aktuelle Konfliktlinien, analysiert die Hintergründe und lässt Mitglieder der katholischen Ortskirche zu Wort kommen. Sie kann im Internet heruntergeladen werden unter:

https://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=28261&dl_media=29214

Die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ wurde von den deutschen Bischöfen 2003 ins Leben gerufen, um für die Lage bedrohter Katholiken zu sensibilisieren.

SEA-Medientag: „Darstellung der (Frei)Kirchen in den Medien“

Professor Wyss stellte Ergebnisse verschiedener Studien vor. Religion sei in den Medien kaum ein Thema oder nur im Zusammenhang mit Irritationen und Skandalen, gemischt mit politischen, finanziellen, sexuellen oder kriminellen Aspekten zu finden. Die einzige Fachredaktion „Religion“ bestehe noch beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). In Nachrichtenredaktionen der anderen Medien sei viel Fachwissen bezüglich Religion verloren gegangen. Journalisten wären oft für verschiedene Ressorts zuständig und stünden unter hohem

Zeitdruck. 2008 hätten sich 32,4 Prozent der Journalisten in der Schweiz als religionslos bezeichnet, 2015 lag die Zahl bei 46,8 Prozent, so Wyss. Überrascht habe ihn, dass über die Freikirchen in der Schweiz fast gleich negativ berichtet werde wie über nicht-christliche Religionen. Laut Wyss wird in lokalen und regionalen Medien über Freikirchen weit weniger negativ berichtet als in großen Medien mit weiter Verbreitung.

Aktiv Wissenslücken von Journalisten über Freikirchen schließen

Die anwesenden Vertreter von Freikirchen forderte Professor Wyss auf, aktiv die Wissenslücken von Journalisten über ihre Freikirche zu schließen und den Kontakt zu ihnen zu suchen. Des Weiteren könnten Freikirchen Hilfsaktionen, Weihnachten oder die Fluchtthematik nutzen, um Ereignisse mittels Medien mit der Öffentlichkeit zu teilen.

Kernsubstanz des christlichen Glaubens stellt Zeitgeist infrage

Giuseppe Gracia, Schriftsteller und Kommunikationsberater, betonte, dass die Kernsubstanz des christlichen Glaubens den Zeitgeist infrage stelle und diesem auch nicht angepasst werden dürfe. Der christliche Glaube habe es in sich, dass er zu zeitkritischen Positionen führe und Befremden auslöse. So sei er ein Kontrast zur allgegenwärtigen Ökonomisierung, Digitalisierung und Globalisierung des Lebens. Christen würden von der Gesellschaft als „Spaßbremsen“ wahrgenommen, so Gracia. Für eine positive Vermittlung des Glaubens gehe es darum, dass der Glaube von seiner Substanz her neu mitteilbar gemacht werden müsse. Dabei sollte aber bedacht werden, dass der relativistische und subjektivistische Zeitgeist der Chefredakteur der großen Medien sei, so Giuseppe Gracia.

Er gab den Medieninteressierten drei Grundsätze für eine gute Medien- und Kommunikationsarbeit mit: Es sei nicht konstruktiv, zu moralisieren. Vielmehr gelte es, vom christlichen Menschenbild zu sprechen. Dann gehe es darum, Horizonte zu öffnen, indem die eigentlichen Sehnsüchte der

Menschen nach Verbindung, Liebe und Gemeinschaft angesprochen würden. Und als Drittes: Aufklären über die Aufklärung: Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde seien in der Antike undenkbar gewesen. Sie wären erst durch den Einfluss des Christentums in jenen Regionen denkbar geworden, in denen vorwiegend Christen gelebt hätten. Jesus habe sich für die Trennung von Kirche und Staat eingesetzt. Christen sollten deshalb nicht als Gegner einer liberalen Gesellschaft auftreten, sondern ihren Glauben bezeugen, der vom christlichen Menschenbild geprägt sei.

Podium: „Raus aus der Schublade“

Im Umgang mit Journalisten und für eine gelingende Medienarbeit riet Giuseppe Gracia in der Podiumsdiskussion, dass die christliche Wahrheit mit Argumenten und auf der Sachebene wieder thematisiert werden solle. Dabei gelte es das Wort von Friedrich Dürrenmatt zu bedenken: „Der Wissende weiß, dass er glauben muss, nur der Unwissende glaubt, dass er weiß.“ Man müsse die zu vermittelnden Inhalte, wie Glaubenssätze, kennen und sich überlegen, wie man sie am besten kommunizieren könne, damit sie verstanden würden.

Bezeichnung „Freikirche“

Auf die Frage von Markus Baumgartner, Moderator der Podiumsdiskussion, wie die Bezeichnung „Freikirche“ wahrgenommen werde, sagte die Mehrheit der fünf Teilnehmenden, dass die Bezeichnung „Sekte“ und „Freikirche“ oft in den gleichen, abwertenden Topf geworfen werde. Die Bezeichnung „Freikirche“ sei nicht mehr zu retten, besser wäre es, sich „Kirche“ zu nennen.

USA: Zellproben von Florida Hospital an Internationale Raumstation ISS geschickt

Die Zellproben stammten von acht Teilnehmenden einer kürzlich von Dr. Paul Coen, einem Forscher am TRI, durchgeführten Studie über Alterung und Muskelabbau. Da die Zellen nur eine begrenzte Lebensdauer hätten, stünde lediglich ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung, um die Auswirkungen der Schwerelosigkeit zu untersuchen, teilte Florida Hospital mit. „Wir hoffen, sieben Tage Mikrogravitation zu erhalten; dann werden die Proben konserviert, eingefroren und gelagert, bis sie ... wahrscheinlich im Januar zurückgebracht werden“, so die Wissenschaftlerin Dr. Siobhan Malany. Ein Forscherteam kann dann die Gen-Funktionen in den Zellen, die in den Weltraum geschickt wurden, mit denjenigen, die auf der Erde geblieben sind, vergleichen.

Forschungsergebnis für Behandlung wichtig

„Wir wissen, dass Mikrogravitation sehr nachteilige Auswirkungen auf die Skelettmuskulatur hat. Nach einem langen Aufenthalt im All kehren Astronauten in einem sehr schwachen Zustand zurück und sind oft auf einen Rollstuhl angewiesen, bis sich ihre Muskeln erholt haben“, sagte Coen. „Dieses Experiment wird es uns ermöglichen, die Auswirkungen von Mikrogravitation auf die Muskelzellbiologie zu untersuchen.“ Die Ergebnisse dieser Raumfahrt-Forschung könnten auch für die Suche nach Behandlungsmöglichkeiten für altersbedingten Muskelabbau eingesetzt werden.

Florida Hospital

Das TRI ist Teil des Forschungszentrums des Klinikverbunds Florida Hospital. Forscher und Mediziner arbeiten dort im Rahmen von klinischen Studien zusammen, um einige der heutigen Gesundheitsprobleme zu behandeln. Nach eigenen Angaben ist das

Florida Hospital mit 22 Standorten und einem jährlichen Besuch von mehr als einer Million Patienten einer der größten gemeinnützigen Gesundheitsdienstleister des Landes. Der Klinikverbund gehört zum Adventist Health System der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in den USA.

Adventist zum Obersten Richter von Papua-Neuguinea ernannt

„Der Jurist Salika ist der dienstälteste Richter des Nationalen und Obersten Gerichtshofs und wird ein starker und unabhängiger Oberster Richter von Papua-Neuguinea sein“, sagte PNG-Premierminister Peter O’Neill. „Ich gratuliere Richter Salika zu seiner Ernennung und bin zuversichtlich, dass er die für einen Obersten Richter erforderliche Leitungsrolle übernehmen wird.“

Auch die Verantwortlichen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Papua-Neuguinea überbrachten Glückwünsche: „Richter Salika dient seit langem als ehrenamtlicher Gemeindeältester in unserer Kirche und er ist ein aktives, dynamisches Mitglied“, betonte Pastor Rex Koi, Generalsekretär der adventistischen Kirchenleitung in Zentralpapua. „Im Namen unserer Mitarbeitenden und der Kirchenmitglieder möchte ich dem Obersten Richter Gibbs Salika zu seiner Ernennung gratulieren“, sagte Pastor Kepsie Elodo, Präsident der adventistischen Kirchenleitung in Papua-Neuguinea. „Wir sind hocherfreut über seine Leistung und glauben, dass Gott ihn auf diesen Posten berufen hat“, so Elodo.

Richter Salika dient derzeit in seiner ersten Amtszeit als

stellvertretender Oberster Richter. Er war seit 1989 während zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten Richter am Nationalen und Obersten Gerichtshof gewesen.

Adventisten in Papua-Neuguinea

In Papua-Neuguinea, mit 8,25 Millionen Einwohnern, feiern 310.500 mündig getaufte Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in 1.042 Gemeinden und 3.178 Gruppen jeweils am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, ihren Gottesdienst. Sie unterhalten eine Universität, ein College, 116 Grundschulen, zehn höhere Schulen und 34 ambulante Kliniken.

Australien: Partnerschaft zwischen Adventisten und Mäßigkeitsbewegung weiterhin stark

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten habe die Arbeit der Women's Christian Temperance Union (WCTU) von Anfang an unterstützt, so AR. Vier Mitglieder der Freikirche wurden auf der diesjährigen WCTU-Sitzung in verschiedene Funktionsbereiche als Präsidentin und Vizepräsidentin, als Schatzmeisterin, als Direktorin für die Arbeit mit Kindern sowie als Verantwortliche für Seelsorge gewählt.

180 Jahre Wirken der Women's Christian Temperance Union

Während des Treffens habe es auch eine Reihe von Möglichkeiten für die Teilnehmer gegeben, um für die mittlerweile 180-jährige Bewegung neue Ideen zu entwickeln, die zu einer stärkeren Beteiligung von Ehrenamtlichen führen könnten. Ein

Schwerpunkt der WCTU-Arbeit soll in Zukunft auch die jüngere Generation bilden, die unter großem Druck stehe, Alkohol und Drogen zu konsumieren. Der Anwalt und Lobbyist Tony Brown betonte die Bedeutung der WCTU. Es gehe weiterhin darum, Lobbyarbeit zu betreiben, damit die Regierungen Maßnahmen ergriffen, die vielfältigen Folgeschäden von Alkoholgenuss zu verringern.

„Religion kann den Unterschied zum Guten machen“

Religionsfreiheit grundlegend

„Wo die Freiheit des innersten Glaubens und der innersten Überzeugungen verloren geht, stehen auch viele andere Menschenrechte auf verlorenem Posten“, betonte Professor Dr. Thomas Schirmacher, Mitherausgeber der Jahrbücher und Präsident des Internationalen Rates der IGFM. Es sei fraglich, ob beispielsweise Pressefreiheit wirklich gewährleistet sei, wenn man nicht sagen dürfe, was man glaube, so Schirmacher. Weil Religionsfreiheit ein Menschenrecht sei, gehöre es zusammen, nicht nur für die Religionsfreiheit von Christen, sondern auch von Angehörigen anderer Religionen einzutreten.

Beauftragter der Bundesregierung für Religionsfreiheit

Ausdrücklich begrüßten die Herausgeber, dass mit Markus Grübel (CDU) erstmals ein Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit berufen worden ist. Neben der zunehmenden Verletzung von Religionsfreiheit hob Grübel bei der Vorstellung der Jahrbücher auch positive Beispiele des interreligiösen Miteinanders hervor. So würden in Nigeria ein Imam und ein Erzbischof gemeinsame Feste gestalten, und im nordirakischen Mossul hätten Jugendliche gemeinsam eine Kirche

und eine Moschee gereinigt. „Religion kann den Unterschied zum Guten machen“, resümierte Grübel. Nach den Worten des Beauftragten sei es erforderlich, die Öffentlichkeit für die Brisanz des Themas zu sensibilisieren und den interreligiösen Dialog weiter zu stärken.

Die Jahrbücher 2018 „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ sind im Buchhandel erhältlich und können auf der Website www.bucer.de/institute/iirf.html kostenfrei heruntergeladen werden.

Philippinen: erstes Zentrum für digitale Evangelisation gegründet

Center for Digital Evangelism

Das vor kurzem eingeweihte „Center for Digital Evangelism“ (Zentrum für digitale Evangelisation) ist nach Angaben der SSD das erste seiner Art. Es ist verbunden mit dem adventistischen Radiosender Adventist World Radio und hat die Aufgabe, Zuhörern vertiefende Angebote anzubieten sowie Social Media-Kanäle für die digitale Evangelisation zu nutzen. Das „Adventist World Radio Center for Digital Evangelism“ soll seinen Betrieb im Januar 2019 aufnehmen, wenn die benötigte Logistik, erforderliche Genehmigungen und digitale Optimierungen bereitgestellt sind.

Center of Influence

Am 5. November 2018 startete der Baubeginn für das neue „Center of Influence“ (Einfluss-Zentrum) in Silang. Am Hauptsitz der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebententags-Adventisten in Südasiens (SSD) soll ein neues

vierstöckiges Gebäude entstehen. Es werde das adventistische Zentrum für Gesundheitserziehung, Sozialdienste und andere Aktivitäten beherbergen. Weitere kirchliche Einrichtungen, die ebenfalls in das neue Gebäude umziehen werden, sind unter anderem der Rechnungsprüfungs-Dienst der Weltkirchenleitung (GCAS) und das Adventist World Radio Center for Digital Evangelism. Das Gebäude soll laut SSD im Jahr 2020 fertiggestellt sein.

Bundesregierung soll sich für Konfliktlösung im Jemen einsetzen

Gegenwärtig stünden 14 Millionen Kinder, Frauen und Männer, etwa die Hälfte der Bevölkerung des Landes, am Rande einer Hungersnot. Was sie jetzt am dringendsten benötigten, wäre ein sofortiges Ende der Kämpfe. Die katastrophale Nahrungsmittelknappheit im Jemen sei eine direkte Folge der strikten Beschränkungen der Kriegsparteien beim Zugang zu Lebensmitteln, Kraftstoff, medizinischen Importen und humanitärer Hilfe. Der Zusammenbruch des jemenitischen Rial und die unzureichenden oder fehlenden Gehaltszahlungen an Beschäftigte des öffentlichen Diensts trügen zur tragischen Situation bei.

Angriffe auf die Zivilbevölkerung beenden

Neben dem Einsatz für einen Waffenstillstand fordern die Hilfsorganisationen die Bundesregierung auf, die Konfliktparteien dazu zu drängen, ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu beenden und sich auf sofortige und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage zu

einigen. Dazu gehörten die Beseitigung von Hindernissen für den lebenswichtigen Zugang zu humanitären und kommerziellen Gütern überall im Land sowie die Vereinbarung eines Plans zur Bezahlung der öffentlichen Gehälter.

Die Hilfsorganisationen

Das Schreiben an den Bundesminister wurde unterzeichnet von den Geschäftsführern der humanitären Organisationen Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA, *Aktion gegen den Hunger*, *Care*, *International Rescue Committee (IRC)*, *Islamic Relief*, *NRC Flüchtlingshilfe*, *Oxfam* und *Save the Children*.

USA: ADRA vergibt Auslands-Stipendien für Freiwilligentätigkeit

„ADRA Connections“ rechnet von 2019 bis 2023 mit der Vergabe von 350 bis 400 Stipendien jährlich, die einen Teil der Kosten für den Freiwilligendienst im Ausland abdecken sollen. Die Stipendien reichen von rund 500 bis 1.200 US-Dollar, je nach Projekttyp und Land, in dem das Projekt stattfindet, so ADRA. Um ein Stipendium zu erhalten, müssten bestimmte Kriterien erfüllt sein. „ADRA Connections“ koordiniere jährlich 10 bis 15 Reisen, die auch ein Großbau-Projekt während der Sommersaison beinhalte, das Hunderte von Studenten aus den gesamten Vereinigten Staaten zusammenbringe.

Rückläufigkeit von Freiwilligentätigkeit bei Studenten

„Wir wollen die neue Generation junger Menschen herausfordern, sich stärker in den Dienst zu stellen, damit sie ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse von Gemeinwesen auf der ganzen

Welt hat“, sagte Adam Wamack, Geschäftsführer von „ADRA Connections“. Das Stipendienprogramm ziele darauf ab, einem anhaltenden Rückgang der Freiwilligentätigkeit unter jungen Erwachsenen entgegenzuwirken. Laut einer aktuellen Studie der *University of Maryland* nehme die Zahl von Freiwilligen bei unter 25-Jährigen weiter ab. Schüler der Gymnasialstufe und Hochschul-Studenten würden die niedrigste Rate an Freiwilligentätigkeit aufweisen.

Brände in Kalifornien: auch Adventisten betroffen

Evakuierung von Patienten mit Privatfahrzeugen

Da sich das Lauffeuer mit großer Geschwindigkeit dem AHFR-Krankenhaus genähert habe, sei von der AHFR-Leitung die sofortige Evakuierung angeordnet worden, so Courtney Rasmussen, Kommunikationsverantwortlicher am Adventist Health Feather River-Krankenhaus in Paradise. Da man nicht auf Rettungsfahrzeuge warten können, hätten die Angestellten des Krankenhauses versucht, die Patienten in ihren Privatfahrzeugen aus der Gefahrenzone zu bringen.

Fast alle Bewohner von Paradise haben ihre Häuser verloren

Alle Häuser der adventistischen Pastoren in Paradise ebenso wie jene der Pastoren in Orland/Willows und Magalia seien zerstört worden, berichtete AT unter Berufung auf die regionale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordkalifornien. Das Feuer zerstörte ebenso die Häuser der meisten Lehrer der adventistischen Schule Paradise Adventist Academy. Rasmussen, dessen Haus auch durch den Brand zerstört wurde, sagte, dass die überwiegende Mehrheit der rund 600 Mitarbeitenden im Krankenhaus ebenso ihre Häuser verloren

hätten. Laut AT seien bisher keine Todesfälle von Adventisten gemeldet worden.

Zusammenarbeit durch gegenseitiges Vertrauen

Disziplinarmaßnahmen möglich

Mit 185 zu 124 Stimmen sowie zwei Enthaltungen hatte der GC-ExCom das Dokument mit dem Titel „Beachtung und Durchführung der Beschlüsse der Generalkonferenz-Vollversammlung [Weltsynode] und des Exekutivkomitees der Generalkonferenz [Weltkirchenleitung]“ angenommen. Aufgrund des beschlossenen Dokuments kann der Verwaltungsausschuss eines Verbandes oder einer Vereinigung (überregionale und regionale Kirchenleitung) Regelverstöße offiziell ermitteln und der jeweils nächsthöheren Dienststelle berichten. Wird keine Lösung auf der nächstgelegenen Verwaltungsebene gefunden, könne der Verwaltungsausschuss der Generalkonferenz (GC-AdCom) die Angelegenheit an einen von fünf Beratungsausschüssen, die als „Ausschüsse zur Aufsicht der Einheit“ bezeichnet werden, zur Prüfung verweisen. Sollten abweichende Beschlüsse nicht rückgängig gemacht bzw. keine Lösungsvorschläge unterbreitet werden, könne der Einheits-Ausschuss Empfehlungen für Disziplinarmaßnahmen gegen den Präsidenten der abweichenden Verwaltungseinheit abgeben.

Dieses Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten war durch die Diskussion um die Ordination von Frauen zum Pastorendienst ausgelöst worden. Obwohl sich die adventistischen Weltsynoden von 1995, 2000 und 2015 mehrheitlich gegen die Frauenordination entschieden haben, gibt es inzwischen regionale und überregionale

Kirchenleitungen (Vereinigungen und Verbände), die Pastorinnen ordiniert haben und die damit nicht in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Generalkonferenz-Vollversammlungen sind.

Sensibler Umgang mit Gewissensfragen

Die Präsidenten der deutschen Vereinigungen betonen in ihrer kurzen Stellungnahme: „Die Grundlage der Konfliktbearbeitung bilden weiterhin ein partnerschaftliches Miteinander, geistliche Werte, Vertrauen und Respekt, das direkte Gespräch sowie der Geist des Evangeliums.“ Vielfalt sei nicht Bedrohung der Einheit, sondern deren Voraussetzung. Dazu gehöre ein sensibler Umgang mit Gewissensfragen in den adventistischen Kirchengemeinden. „Unser Umgang miteinander soll die Größe und den Reichtum Gottes widerspiegeln.“ Einigkeit herrsche in der Überzeugung, „dass wir weiterhin auf die volle Gleichstellung von männlichen und weiblichen Geistlichen hinarbeiten wollen und werden.“ Es wird dabei auf Artikel 14 der weltweiten Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten verwiesen: „Unterschiede zwischen Mann und Frau dürfen unter uns nicht trennend wirken.“ Dazu gehöre auch, „dass der Weg zu diesem Ziel uns nicht trennen sollte“. Deshalb wird betont: „Wir legen Gott unsere Unzulänglichkeit vor, um sie in Weisheit und Mut zu wandeln.“

Siebenten-Tags-Adventisten eine weltweite Freikirche

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist eine weltweit organisierte Freikirche mit über 21 Millionen mündig getauften Mitgliedern in 213 Ländern. In Deutschland gibt es knapp 35.000 Mitglieder.

Die Freikirche ist wie folgt organisiert: Die örtlichen Kirchengemeinden in einem bestimmten Gebiet gehören zu einer regionalen Kirchenleitung (Vereinigung), mehrere Vereinigungen bilden als überregionale Kirchenleitung einen Verband, die Verbände gehören zur Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), die 13 teilkontinentale Kirchenleitungen (Divisionen) unterhält. Die deutschen Adventisten sind der Intereuropäischen Division (EUD) mit Sitz in Bern/Schweiz

angeschlossen.

In Deutschland gibt es den Norddeutschen Verband mit den Vereinigungen Berlin-Mitteldeutschland (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Hansa (Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), Niedersachsen-Bremen sowie Nordrhein-Westfalen. Der Süddeutsche Verband umfasst die Vereinigungen Baden-Württemberg, Bayern und Mittelrhein (Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland).

7. MEDIA-DAY der Adventisten: „Brauchen Medien Ethik?“

Bilder als „schnelle Schüsse ins Gehirn“

Dr. phil. Bojan Godina, Medienpädagoge und Theologe sowie Autor mehrerer Bücher, sprach als Gastredner über den Umgang mit Wahrheit und Fiktion in der Medienwelt. In den Medien gehe es ums „Wettrennen um die Aufmerksamkeit“ der Konsumenten, welches die Säulen unserer Gesellschaft zerstöre, so Godina. Der Verhaltenswissenschaftler Werner Kroeber-Riel habe seine Studien zur Bildwirkung folgendermaßen zusammengefasst: „Bilder sind schnelle Schüsse ins Gehirn“, zitierte Godina, da Bilder ohne Filter aufgenommen würden. Bilder könnten auf diese Weise ihre Wirkung unmittelbar erzielen, ohne eine filternde beziehungsweise kritische Instanz dazwischen. Dies mache sich die Werbewirtschaft mittels des Neuromarketings zu Diensten.

Godina forderte die Zuhörenden auf, Wahrheitsaufklärung und erbauliche emotionale Beeinflussung zu leisten. Alles müsse dabei echt sein. Weder Text noch Bild dürften manipuliert und Menschen nicht durch Spott abgewertet werden. Ethische

Medienprobleme seien nur ein Schatten einer größeren problematischen Realität. Es gelte, die vierte Macht im Staat, die Medien, zu verstehen und zu achten, aber nicht zu missbrauchen.

Project Slam

Die rund 90 Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sind mehrheitlich in den Bereichen Film, Fernsehen, Radio, Design, Fotografie, Journalismus, Kommunikation und Internet tätig. Im „Project Slam“ nutzten 17 von ihnen die Möglichkeit, ihre Projekte in Beiträgen von jeweils zehn Minuten Dauer vorzustellen. Viele dieser Projekte drehten sich um die Frage, wie im Medienzeitalter die gute Nachricht von Jesus Christus säkularisierten Zeitgenossen mittels heutiger Technik vermittelt werden kann.

MEDIA-DAY-Preis

Mit dem MEDIA-DAY-Preis wurde dieses Jahr Darleen Besmann ausgezeichnet, die auf YouTube den Kanal „MultiMOMS“ mit wöchentlichen Videos für junge Mütter bespielt (www.multimoms.de).

Verschwörungstheorien: „Wer nichts mehr glaubt, glaubt am Ende alles“

Verschwörungstheorien: eine säkularisierte Form von Aberglauben?

Verschwörungsgläubige legten einen missionarischen Eifer an den Tag, wenn es um die Verbreitung ihrer Theorien gehe, sagte Dieter Sträuli, Psychologe und Vorstandsmitglied von *infoSakta*. Er fragte, ob Verschwörungstheorien eine

säkularisierte Form von Aberglauben seien, eine Art von Ersatzreligion. Sträuli erläuterte, dass Verschwörungstheorien ihre Wurzeln in der Struktur einer Person hätten.

Wie lassen sich Verschwörungstheorien gesellschaftlich erklären?

Christian Ruch, Historiker und Soziologe, definierte in seinem Workshop eine Verschwörung als eine Handlung von mindestens zwei Personen, die sich im Verborgenen auf ein Ziel einigen, das nur im Verborgenen erreicht werden könne und oft die Veränderung der Machtstruktur zum Ziel habe. Verschwörungstheorien seien keine Erscheinung der Neuzeit, so Ruch. 1348 wären die Juden im Zusammenhang mit der Pest der Brunnenvergiftung bezichtigt und verfolgt worden. „Hexen“ seien für Missernten verantwortlich gemacht und umgebracht worden. Neu sei heute die Verbreitungsgeschwindigkeit von Verschwörungstheorien.

Dass Verschwörungstheorien zunehmend auftreten würden, bezeichnete Ruch als „Symptome von Unsicherheit und Angst“ in Krisenzeiten. Das gesellschaftliche Urvertrauen in die Institutionen sei am Schwinden und mache einem Urmisstrauen Platz. Hinzu komme, dass das Mehr an Wissen eine hochkomplexe Lebenswelt und Gesellschaft schaffe, was diese kaum durchschaubar mache. Anhänger von Verschwörungstheorien seien hyperrational, weil sie überall Sinn und Absicht sehen würden und auch in zufälliges Geschehen Absicht hineininterpretierten, so der Soziologe. „Verschwörungstheoretiker kennen keinen Zufall“, erklärte Ruch. Auch dass es verschiedene Erklärungs- und Deutungsmöglichkeiten geben könne, werde von ihnen geleugnet.

Staatsverweigerer und ihre Vernetzung

Staatsverweigerer lehnten staatliche Strukturen ab, sagte der freie Journalist Raimond Lüppken in seinem Workshop. Begründet werde dies damit, dass Gesetze für „Personen“ gemacht, sie aber „Menschen“ seien. Er erwähnte zur Illustration die „Reichsbürger“ in Deutschland und „Anastasia“, eine in

Russland gegründete New-Age-Bewegung. Viele Staatsverweigerer lehnten es ab als Rassisten bzw. Antisemiten bezeichnet zu werden. Sie seien Ethnopluralisten, die für die kulturelle Reinerhaltung von Gesellschaften eintreten würden und die Vermischung der Ethnien ablehnten. Laut Lüpken lehnten viele Staatsverweigerer auch das Impfen ab, seien gegen staatliche Schulen, setzten sich für die klassische Rollenverteilung von Mann und Frau ein und hätten Angst vor „Umvolkung“, wie dies durch die gelenkten „Flüchtlingsströme“ geschehe.

Im Sinnlosen Sinn finden?

Dr. Matthias Pöhlmann, Theologe sowie Vorsitzender der Konferenz der Landeskirchlichen Beauftragten für Sekten- und Weltanschauungsfragen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), beschäftigte sich in seinem Referat mit theologischen Unterscheidungskriterien zum Verschwörungsglauben. Für Pöhlmann handelt es sich beim Verschwörungsglauben um eine globalisierte Version einer Religion. Zufall und Chaos in der Welt schaffe Unerklärliches, womit sich Verschwörungsgläubige nicht abfinden wollten und Schuldige bzw. sinnvolle Welterklärung und Gesetzmäßigkeiten suchten.

Es handle sich dabei um die Verweltlichung eines Aberglaubens, und die Verschwörungstheorie werde zu einer Ideologie, so der EKD-Kirchenrat. Es werde von einer „neuen Weltordnung“ mit der Etablierung einer globalen Elite gesprochen. Verschwörungsmymen entstünden, wenn Menschen keine Teilhabe mehr an Entscheidungsprozessen hätten bzw. Regierende und Regierte sich voneinander entfernten. Verschwörungsgläubige sähen sich laut Pöhlmann als Wissende und Aufgeweckte, die Mehrheit der Bevölkerung als Unwissende. Da es für sie keinen Zufall gebe, erklärten sie das Böse mit skrupellosen Verschwörern. Verschwörungstheorien seien selbstimmunisierend, verallgemeinernd und gefährlich, da sie Sündenböcke suchten.

Der Theologe bezeichnete den Verschwörungsglauben als eine „schlecht säkularisierte Theologie“. Die Theodizee, also die

Frage nach der Gerechtigkeit bzw. Rechtfertigung Gottes angesichts des Bösen in der Welt, werde auf Menschen als Verursacher umgemünzt und erklärt. Es werde nicht mehr gefragt, weshalb Gott dies oder jenes zulasse, sondern: ‚Weshalb passiert mir dies?‘ und dann werde ein Sündenbock gesucht. Verschwörungsgläubige verstünden sich als Aufklärer einer hinteres Licht geführten Bevölkerung, agierten äußerst missionarisch, wobei sich das Internet als idealer Multiplikator anbiete, sagte der Theologe.

Demnach bestehe für Christen eine zweifache Aufgabe im Umgang mit Verschwörungsgläubigen. Man müsse den Dialog suchen und die „Geister unterscheiden“. Es brauche sowohl eine religions- und weltanschauliche Aufklärung als auch Seelsorge, so Pöhlmann. Benötigt werde „Götzenkritik“ an dieser säkularisierten Ideologie, da der Verschwörungsglaube eine „Vergöttlichung des Weltlichen“ und somit eine Übertretung des ersten Gebots sei. Es handle sich um einen „versekteten Verschwörungsglauben“, der auf Täuschung fuße und zu Enttäuschung führe. Es gehe dabei immer auch darum, die Ängste und Motive des Verschwörungsglaubens ins Auge zu fassen, um Menschen entsprechend zu begleiten und die Abkehr zu ermöglichen, sagte Pöhlmann. Dass bei gewissen Menschen aus einer Verschwörungstheorie ein Ersatzglaube werden kann, fasste Matthias Pöhlmann so zusammen: „Wer nichts mehr glaubt, glaubt am Ende alles.“

Chrischona **stärkt**
Bildungsarbeit **und** **erneuert**

Strukturen

Chrischona-Direktor wird tsc-Mitarbeiter

Demnach wird Thomas Rudin, bisheriger Präsident des Komitees von Chrischona International, neuer Präsident des Vereins Theologisches Seminar St. Chrischona und René Winkler, Chrischona-Direktor, wird nach einer Auszeit ab März 2019 als Mitarbeiter des tsc ohne Leitungsfunktion neu einsteigen. „Ich habe mich entschieden, mich auf die Chancen der Veränderungen zu konzentrieren und auf Jesus Christus zu vertrauen. Wir haben hier am Theologischen Seminar St. Chrischona noch einen großen Auftrag“, erklärte er.

tsc-Netzwerk: „evangelische Lern- und Ausbildungsgemeinschaft“

Laut tsc-Pressemitteilung werden im „tsc-Netzwerk“ viele Chrischona-Verbandsmitglieder künftig zusammenarbeiten. Benedikt Walker, Rektor des tsc, definierte das tsc-Netzwerk als „evangelische Lern- und Ausbildungsgemeinschaft“. Das Theologische Seminar St. Chrischona erhoffe sich enger mit Verbänden, Werken und Menschen zusammenarbeiten zu können, so Walker. Auch einzelne Gemeinden könnten Netzwerkpartner werden. „Mein Traum ist es, dass im tsc-Netzwerk eins plus eins drei ergibt“, verkündete Benedikt Walker.

Netzwerkvereinbarung von Chrischona Schweiz und Chrischona Deutschland

Die Gemeindeverbände Chrischona Schweiz und Chrischona Gemeinschaftswerk Deutschland unterschrieben am 7. November die Netzwerkvereinbarung. „Das ist die Struktur, die wir brauchen, wenn wir die Menschen der heutigen Zeit mit dem Evangelium erreichen wollen“, sagte Peter Gloor, Leiter Chrischona Schweiz.

Adventisten in Nordamerika stellen Abgabenhöhe an Weltkirchenleitung infrage

Hintergrund des Antrages zu den Finanzabgaben ist die Tatsache, dass die NAD derzeit 6,35 Prozent ihres speziellen Spendenaufkommens („Zehnteneinnahmen“) an die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) weitergibt, mit einer schrittweisen Reduzierung auf 5,85 Prozent bis 2020. Andere teilkontinentale adventistische Kirchenleitungen geben allerdings nur zwei Prozent dieser Einnahmen weiter. Die Delegierten stellten einen Antrag zur Aushandlung einer Neuregelung. Der Antrag wurde so formuliert, dass mit der Generalkonferenz die Frage der Finanzparität mit dem Ziel erörtert werden soll, die Parität in zwei bis drei Jahren zu erreichen.

Verschiedene Delegierte äußerten vor der Abstimmung ihre Ansichten sowohl für als auch gegen den Antrag. Der Finanzvorstand der Generalkonferenz, Juan Prestol-Puesán, bat die Delegierten laut AR, Vorsicht walten zu lassen und langsamer vorzugehen mit der Begründung, dass ansonsten dem missionarischen Auftrag der Kirche weltweit geschadet werden würde. „Selbst 5 Jahre sind zu kurz“, sagte Prestol-Puesán und erwähnte auch, dass er viele Jahre lang als Finanzvorstand in der NAD tätig war, bevor er zur Weltkirchenleitung wechselte. Prestol-Puesán wies laut *Spectrum* ferner darauf hin, dass es sich bei den Prozentabgaben der Zehnteneinnahmen um Regelungen handele, die von der Weltkirchenleitung festgelegt worden seien. Eine Änderung seitens der NAD wäre nicht regelkonform. Dennoch wurde der Antrag mit 121 zu 90 Stimmen angenommen.

Persönlicher Appell des Präsidenten

Daniel Jackson drückte am Ende des Sitzungstages spontan und offen seinen Verdruss darüber aus, dass die teilkontinentale

adventistische Kirchenleitung von manchen als illoyal angesehen werde. Dem hielt er entgegen: „Es gibt eine enorme Loyalität zur Kirche in der Nordamerikanischen Division“, so Jackson. Gleichzeitig machte Jackson klar, dass es in der Frage der angestellten Pastorinnen auf dem Gebiet der NAD kein Zurück geben würde: „Wir werden nicht aufhören, weibliche Pastoren einzustellen.“

„Schuld und Versagen“ sowie „Mut zum Frieden“

Mut zum Frieden

„Mut zum Frieden“ lautet die Stellungnahme der Adventisten zum Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Sie wurde bereits am 4. Dezember 2017 während der Jahressitzung des Ausschusses der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland beschlossen und in der Februar-Ausgabe 2018 der Kirchenzeitschrift „Adventisten heute“ veröffentlicht. Die Freikirchenleitung empfiehlt in der Erklärung ihren Mitgliedern, sich weder direkt noch indirekt an einem Krieg zu beteiligen.

Dabei gelte zu bedenken, dass Krieg nicht gerecht sei. „Hinter jedem militärischen Konflikt stecken offene und versteckte Interessen, die nicht vom reinen Streben nach Gerechtigkeit getrieben sind.“ Das Schicksal der Menschen in Konfliktgebieten sei häufig zweitrangig. „Wenn ein Krieg endet, heißt das nicht, dass damit der Frieden begonnen hat.“ Das sei eine Lehre aus dem Ersten Weltkrieg, der erst der Auftakt einer modernen Kriegsführung gewesen wäre. Heute habe sich die Art und Weise, wie Kriege geführt würden, durch Cyberkrieg, Drohnenangriffe, autonome Waffensysteme, Bedrohung

durch ABC-Waffen und weltweitem Terrorismus noch einmal drastisch verändert. Dabei seien die Konfliktlinien und Kriegsparteien oft nicht mehr eindeutig auszumachen, so die Stellungnahme.

Kein freiwilliger Dienst in der Bundeswehr

„Jesus Christus hat seine Nachfolger zu Friedensstiftern berufen“, wird in der Erklärung hervorgehoben. Wo Menschen im Frieden mit Gott lebten, suchten sie auch den Frieden mit Menschen; denn der Friede sei unteilbar und durchdringe alle Lebensbereiche. Daher empfiehlt die Freikirchenleitung ihren Mitgliedern sowie den Mitgliedern der Adventjugend in Deutschland, „sich weder direkt an einem Krieg im Rahmen des freiwilligen Dienstes in der Bundeswehr noch indirekt bei der Vorbereitung eines Kriegs durch Mitwirkung an der Waffen- und Zubehörproduktion sowie an der Informationstechnik zu beteiligen.“ Seit Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland im Jahr 2011 biete die Bundeswehr Anreize, sich freiwillig für die Streitkräfte zu verpflichten, etwa eine Berufsausbildung oder ein Studium. Trotzdem „ermutigt unsere Kirche aufgrund des nichtkämpferischen Grundgedankens der Bibel ... niemanden, sich dem Militär anzuschließen“, wird der Präsident der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), Pastor Ted N. C. Wilson, zitiert. Er macht darauf aufmerksam, dass die Siebenten-Tags-Adventisten „ihr historisches Zeugnis für den Frieden und den Dienst ohne Waffen“ seit ihrem Bestehen nicht aufgeben hätten.

Friedensstifter beginnen im eigenen Umfeld

„Frieden zu stiften fängt in den menschlichen Beziehungen des eigenen Umfelds an und setzt sich von dort fort bis in gesellschaftspolitische Verantwortungsübernahme“, so die deutsche Freikirchenleitung in ihrer Erklärung. Zum Frieden beitragen könne daher auch der Einsatz für die Religionsfreiheit, Armutsbekämpfung durch Bildung, Erhaltung der Gesundheit durch Krankenhäuser und Gesundheitsaufklärung, Unterstützung von Lebensqualität durch die Arbeit der

Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) sowie des Advent-Wohlfahrtswerks (AWW). Versöhnung, Vergebung, Frieden und Gerechtigkeit würden nur auf dem Boden einer gewaltfreien Lebensart gedeihen; so, wie es Jesus Christus, in seinem Leben und Sterben vorgelebt habe. Deshalb werden die Mitglieder der Freikirche aufgefordert, ihre Verantwortung in dieser Welt gewaltfrei auszuüben. Da Adventisten glauben, dass mit Jesu Wiederkunft das Friedensreich Gottes „auf uns zukommt“, sollten sie diesem Friedensreich schon heute durch ihr Verhalten entgegengehen.

Schuld und Versagen im Ersten Weltkrieg

Kurz nach der allgemeinen Mobilmachung empfahl am 2. August 1914 die mitteleuropäische Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Hamburg in einem Rundschreiben den einberufenen Adventisten, ihre „militärischen Pflichten freudig und von Herzen [zu] erfüllen“, von den Kriegswaffen Gebrauch zu machen und auch am Sabbat den Kriegsdienst zu versehen. Das Schreiben und weitere derartige Veröffentlichungen riefen während des Ersten Weltkriegs in den Gemeinden einen vielschichtigen Protest hervor, der zu Spannungen führte. Daran erinnert eine Stellungnahme zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, welche die Ausschüsse des Süd- und Norddeutschen Verbandes der Freikirche am 6. und 13. April 2014 beschlossen und in der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“, Mai 2014, unter dem Titel „Schuld und Versagen“ veröffentlichten.

Viele Adventisten hätten in diesem „Großen Krieg“ ein Zeichen des Weltendes gesehen. Während vor dem Krieg nicht wenige Adventisten den Dienst beim Militär am Sabbat (Samstag) verweigert und dafür teilweise drastische Strafen in Kauf genommen hätten, sei von manchen bei Kriegsbeginn die Meinung vertreten worden, zur Vorbereitung auf die unmittelbar bevorstehende Wiederkunft Jesu gehöre es, auch den Gebrauch der Waffe abzulehnen, heißt es in der Erklärung.

„Heute erkennen und bekennen wir“, so die beiden deutschen Ausschüsse der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten,

„dass unsere Väter in diesen Auseinandersetzungen oftmals nicht im Geist der Liebe und Versöhnung gemäß dem Vorbild Jesu gehandelt haben.“ Aus Sorge um den Bestand der Glaubensgemeinschaft seien Ratschläge erteilt worden, die dem Wort Gottes widersprochen und zu tiefgreifenden Verletzungen geführt hätten. Die damalige adventistische Leitung sei ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden nicht gerecht geworden. Sie habe Glaubensgeschwister, die ihrer Meinung widersprachen, zu Unrecht des „Abfalls“ vom wahren Glauben bezichtigt und in einzelnen Fällen sogar von staatlichen Behörden verfolgen lassen.

Als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken

In der Stellungnahme vom April 2014 wird zwar darauf hingewiesen, dass die damaligen Verantwortungsträger bereits 1920 und erneut 1923 ihre Erklärungen zum Kriegsdienst als „fehlerhaft“ zurückgenommen und bedauert hätten, „dass solche Dokumente herausgegeben worden sind“. Dennoch bekräftigen die beiden jetzigen deutschen Freikirchenleitungen: „Auch wenn heute niemand der damals Beteiligten mehr am Leben ist, so bitten wir doch ihre Kinder und Nachkommen ... um Entschuldigung für unser Versagen. Wir haben aus unserer leid- und schmerzvollen Geschichte gelernt, dass Kinder Gottes berufen sind, Menschen des Friedens zu sein und jede Form von Gewaltanwendung gegenüber Unschuldigen abzulehnen. Wir glauben, dass Nachfolger Jesu den Aussagen der Heiligen Schrift am besten Folge leisten, wenn sie in ihrer Umgebung als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken.“

Die Erklärung „Mut zum Frieden“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

https://www.adventisten.de/fileadmin/adventisten.de/files/downloads/Dokumente_und_Stellungnahmen___%C3%B6ffentlich_/2017-12-04_Mut_zum_Frieden.pdf

Die Erklärung von 2014 „Schuld und Versagen“ ist zu finden unter:

https://www.apd.info/wp-content/uploads/2018/11/ah-2014-05_-_e

Nordamerikanische Adventisten nehmen Stellung zum Beschluss der Weltkirchenleitung

Das Dokument der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), auf das die nordamerikanische Kirchenleitung mit ihrer Stellungnahme reagiert, trägt den Titel: „Beachtung und Durchführung der Beschlüsse der Generalkonferenz-Vollversammlung und des Exekutivkomitees der Generalkonferenz“ und wird im Folgenden mit „Dokument“ bezeichnet.

Die Erklärung der nordamerikanischen Kirchenleitung betont deren Übereinstimmung mit der Weltkirche in allen 28 Glaubensüberzeugungen der Adventisten sowie die „Verpflichtung zur Einheit im Leib Christi“. Das Dokument der Generalkonferenz stehe „im Widerspruch zur Kultur des Respekts und der Zusammenarbeit“ wie dies die Bibel lehre, so die NAD.

Handlungsaufforderungen an die Weltkirchenleitung

Die NAD-Stellungnahme enthält daher drei Handlungsaufforderungen an die adventistische Weltkirchenleitung: 1. Der getroffene Beschluss bezüglich des Dokuments soll wieder aufgehoben werden. 2. Alle Richtlinien zu überarbeiten, die es einer Mehrheit kirchlicher Verwaltungseinheiten ermöglicht, einer Minderheit den Umgang mit Themen zu diktieren, die keine kirchlichen Lehraussagen oder keine biblischen Belange betreffen. 3. Die Weltkirche soll eine Erklärung abgeben, die den gemeinsamen Respekt vor dem Reichtum und der Vielfalt der verschiedenen Kulturen bekräftigt sowie einen kontextsensiblen Dienst stärkt.

Originaltext (auf Englisch) der Antwort der NAD zum Dokument der Weltkirchenleitung:

https://www.nadadventist.org/sites/default/files/2018-11/Writing%20Committee%20Report-Final.rev__0.pdf

Schweiz: Christen, Juden und Muslime erstmals mit gemeinsamer Flüchtlingserklärung

„Diese Erklärung hat somit einmaligen Charakter und bedeutet einen großen Schritt im interreligiösen Dialog“, schreiben die Religionsgemeinschaften in ihrer Pressemitteilung. Wenn es um den Schutz von Flüchtlingen und deren Integration geht, komme den Religionsgemeinschaften und ihren Organisationen eine tragende Rolle zu. Vor diesem Hintergrund hat der frühere Flüchtlingshochkommissar und heutige Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, 2012 den internationalen Dialog „Faith and Protection“ („Glaube und Schutz“) angestoßen. Die Religionsgemeinschaften sollten sich in diesem Sinn auch zukünftig für den Flüchtlingsschutz einbringen.

Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften haben dieser Aufforderung Folge geleistet und nehmen mit ihrer gemeinsamen Flüchtlingserklärung nun eine Vorreiterrolle ein. Bischof Harald Rein, Bischof der christkatholischen Kirche der Schweiz und amtierender Vorsitzender des Schweizerischen Rates der Religionen, betont: „Für Juden, Christen und Muslime gilt: Jeder Mensch ist Geschöpf Gottes und steht somit unter dessen

Schutz. Für uns Gläubige ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen.“

Fünf Appelle für einen starken Flüchtlingsschutz

Aus diesem Verständnis leiten die Religionsgemeinschaften insgesamt fünf Appelle zur Schweizerischen Flüchtlingspolitik ab, die sie in Form einer gemeinsamen Erklärung am 7. November veröffentlicht haben:

1. Schutz vor Ort: Der erste Appell thematisiert den Schutz vor Ort, welcher ein wichtiges Ziel der Schweizer Flüchtlings- und Außenpolitik sein sollte. 2. Legale Fluchtwege: Die Religionsgemeinschaften appellierten zudem an Staat und Politik legale Zugangswege in Form von Resettlement-Programmen als zentralen und dauerhaften Bestandteil im Schweizer Asylsystem zu verankern und die Vergabe von humanitären Visa zu erleichtern. 3. Faire und effektive Asylverfahren: In der Schweiz brauche es zudem faire und effektive Asylverfahren, in denen der Flüchtlingsbegriff gemäß Genfer Flüchtlingskonvention umfassend angewendet wird. So sollen von Bürgerkrieg betroffene Menschen den Flüchtlingsstatus statt einer vorläufigen Aufnahme erhalten. 4. Integration – gleichberechtigte Teilhabe: Unerlässlich sei auch, dass dem Recht auf Familienleben Rechnung getragen werde, sowie einer frühzeitigen Integration von Flüchtlingen. 5. Rückkehr in Würde: Weiter wird eine Rückkehr in Würde für Personen gefordert, welche die Kriterien für die Schutzgewährung nicht erfüllen, das sogenannte „Resettlement“. Dazu gehörten menschenrechtliche Standards beim Vollzug und die Beachtung des Kindeswohls in jeder Situation.

UNHCR spricht von „Vorzeigeprojekt“

Das Büro des Flüchtlingshilfswerks der UNO (UNHCR) für die Schweiz und Liechtenstein hat die Realisierung der Interreligiösen Erklärung zu Flüchtlingsfragen unterstützt. „Die interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen, als Ergebnis einer Zusammenarbeit von UNHCR und Religionsgemeinschaften in der Schweiz, ist ein wichtiges

Vorzeigeprojekt, das hoffentlich auch in weiteren Ländern Schule macht“, so Anja Klug, Leiterin des Büros des UNHCR in der Schweiz.

Religionsgemeinschaften

Folgende Religionsgemeinschaften und Organisationen haben die fünf Appelle zum Schutz von Flüchtlingen auf den Weg gebracht: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Schweizer Bischofskonferenz (SBK), Christkatholische Kirche der Schweiz, Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS), Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS), Schweizerischer Rat der Religionen.

Die „Interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen“ kann hier heruntergeladen werden: <https://bit.ly/2PeLmHL>

Bayern: Adventisten gratulieren Söder

Pastor Dorn bat Söder, sich dabei „von den Werten des christlichen Glaubens leiten“ zu lassen. Dies würde dazu beitragen, „bei der Ausübung des Amtes ein frohes und dankbares Herz zu bewahren“. Dorn weiter: „Seien Sie sich der betenden und solidarischen Unterstützung vieler Christinnen und Christen gewiss.“ Er wünschte dem am 6. November erneut gewählten Ministerpräsidenten und seiner Familie Weisheit, Tatkraft und Gottes Segen.

Adventisten in Bayern

Die Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern sind Teil einer weltweiten evangelischen Freikirche, die aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervorging.

Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder in 213 Ländern der Erde. In Bayern sind rund 4.500 Mitglieder in 70 Kirchengemeinden organisiert.

Otto Uebersax – ehemaliger Kirchenleiter der Adventisten mit 102 Jahren verstorben

Otto Uebersax wurde am 29.08.1916 in Tschechien geboren, wo er auch seine Jugendzeit verbrachte. Nach Abschluss einer kaufmännischen Ausbildung und einem Predigerlehrgang in der damaligen „Industrie- und Missionsschule Friedensau“, der heutigen „Theologischen Hochschule Friedensau“ (bei Magdeburg), begann er im Alter von 26 Jahren, mitten im 2. Weltkrieg, seinen Dienst als Bibelarbeiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

1945 zog er in die Schweiz und arbeitete zuerst als Mitarbeiter eines Pastors in der französischsprachigen Westschweiz, ehe er in die Deutschschweizerische Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wechselte. Von 1946 bis 1950 leitete er die Jugendabteilung, dann wechselte er von 1950 bis 1953 als Abteilungsleiter zur Kirchenleitung in Österreich. Von 1953 bis 1965 übernahm er die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in der Deutschschweiz bevor er von 1966 bis 1979 als Kirchenleiter der Adventisten in Österreich diente.

Im Jahr 1979 kehrte er in die Schweiz zurück und beendete 1982 seinen offiziellen Dienst in der Schweiz. Nach seiner Pensionierung leitete er von 1982 bis 1989 die Adventgemeinden in Israel. Otto Uebersax sprach Tschechisch, Russisch,

Deutsch, Französisch und Englisch und studierte während seines Einsatzes in Israel die moderne hebräische Sprache an der Universität Haifa. Nach seiner definitiven Rückkehr in die Schweiz predigte er regelmäßig in diversen Adventgemeinden der Deutschschweiz und nahm weiterhin eine aktive Rolle im Kirchengemeindeleben ein.

Seine Erfahrungen mit Gott, zwischen 1940 bis 1944 als Auslandschweizer im Dritten Reich, publizierte er 2004 in einem Buch mit dem Titel „Von guten Mächten wunderbar geborgen“. Otto Uebersax verbrachte seine letzten Jahre im Alters- und Pflegeheim Oertlimatt, einer Stiftung der Siebenten-Tags-Adventisten.

„Zeitlebens war Otto eine Persönlichkeit des Ausgleichs und der Versöhnung. Er sah seine Aufgabe innerhalb seiner Verantwortungsbereiche immer wieder in der Ermutigung zum Guten, im Vermeiden von Wunden und in der klugen und heilsamen Vermittlung zwischen Gegensätzen“, schreibt die Deutschschweizer Kirchenleitung in ihrem Nachruf.

Pfingstgemeinden: Kirchen-Magazin „GEISTbewegt!“ wird eingestellt

Das seit Jahrzehnten erscheinende Magazin des BFP erschien zunächst als Zeitschrift „Der Leuchter“ in einfacher Aufmachung. Später wurde daraus „Wort und Geist“, danach „GEISTbewegt!“. Allerdings würden aktuell durch die elektronischen Kommunikationswege wesentlich mehr Menschen als über das Printmedium erreicht, so die Pressestelle. Dies soll weiter ausgebaut und ergänzt werden. Die Möglichkeit,

zukünftig ein unregelmäßiges erscheinendes Magazin herauszugeben, werde jedoch weiterhin geprüft.

Nach eigenen Angaben ist der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) die zweitgrößte Freikirche innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in Deutschland. Zum BFP zählen 56.275 Mitglieder in 820 Gemeinden. 316 davon (38,5 Prozent) sind Migrationsgemeinden. Weitere Infos unter: www.bfp.de

Baumpflanzungen im Luthergarten Wittenberg abgeschlossen

Der letzte Baum des Luthergartens ist eine kleinkronige Winterlinde. Sie wurde für das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB), dem Initiator des Projektes, gepflanzt. Neben dem Baum für das DNK/LWB wurden elf weitere Bäume gepflanzt, unter anderem von Kirchen und Einrichtungen aus den USA, aus Tansania, dem Irak, der Tschechischen Republik und Italien. Zu jedem dieser Bäume soll auch ein Partnerbaum in der Heimatkirche gepflanzt werden, teilte das DNK/LWB mit. „Der Luthergarten ist ein lebendiges Reformationsdenkmal“, betonte die Direktorin des LWB-Zentrums Wittenberg, Inken Wöhlbrand.

Auch die Adventisten pflanzten zwei Bäume

Unter den 500 Bäumen befinden sich auch zwei Bäume der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Am 3. März 2015 führten deren Freikirchenleitungen in Berlin-Mitteldeutschland und in Niedersachsen-Bremen im Luthergarten eine symbolische Pflanzung mit je einem Rot-Ahorn durch. Die beiden

Partnerbäume stehen auf dem Gelände der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg und dem Seniorenheim der Freikirche in Uelzen.

Weitere Informationen über den Luthergarten, inklusive Angaben zu allen gepflanzten Bäumen, sind unter www.luthergarten.de zu finden.